

Die Tagespost,

Katholische Zeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur

Artikel der Tagespost vom 21.03.2006

Beitrag des Bundesvorsitzenden auf Seite 10 (eingescannt)

Berufsschulen – modern und leistungsstark

Die Gestaltungschancen der Lehrer sind ein Beitrag zur Schulentwicklung

Berufsschulen sind Partner der Wirtschaft. Wenn es um Fragen der beruflichen Erstausbildung geht, sogar der entscheidende Partner. Das in Deutschland so hoch gelobte duale System der Berufsausbildung hat die Partnerschaft der Lernorte Betrieb und Berufsschule zum Strukturprinzip erhoben. Berufsschulen sind in dieser Beziehung weder Anhängsel noch Juniorpartner, sondern ein selbstbewusster und kompetenter Dienstleister in der Region. Schulentwicklung, Qualitätssicherung, fachliche und pädagogische Kompetenz und hochwertige Sachausstattungen sind die Standards, denen Berufsschulen heute verpflichtet sind.

VON BERTHOLD GEHLERT

Die betriebliche Ausbildung ist durch das Berufsbildungsgesetz oder durch die Handwerksordnung bundeseinheitlich geregelt, während die Berufsschule aufgrund des Kulturföderalismus nach Landesrecht geregelt ist. Von der breiten Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt wurde das Berufsbildungsgesetz zum 1. April des letzten Jahres in wichtigen Teilen reformiert. Beim vorausgehenden Ringen um die richtigen Weichenstellungen wurde deutlich, dass die Berufsschulen den Anspruch erheben, nicht nur Juniorpartner in der Ausbildung zu sein. Vielmehr wollen sie nach ihrem Selbstverständnis und aufgrund ihres tatsächlichen Beitrags zur Ausbildung der Jugendlichen im dualen System als gleichwertige Partner gesehen und so behandelt werden. Viele Wünsche der „Schulseite“ gingen bei der Novellierung des Berufsbildungsgesetzes nicht in Erfüllung, etwa wurde darauf verzichtet, in einem klar geregelten Verfahren die Leistungen eines Auszubildenden in der Berufsschule in das so genannte Kammerzeugnis einzubeziehen. Man konnte sich nur dazu durchringen, dass die Noten der Berufsschule im Kammerzeugnis dokumentiert werden können. Auch in den Berufsbildungsausschüssen haben die Lehrer der beruflichen Schulen nur ein stark eingeschränktes Mitspracherecht.

Dessen ungeachtet setzen die Berufsschulen weiterhin und unvermindert auf Kooperation und Partnerschaft. Selbstbewusst setzen sie auf ihre Stärken und auf ihre Leistungsfähigkeit innerhalb des dualen Systems. Dies gilt selbstverständlich ebenso für vollschulische berufliche Bildungsgänge, etwa an Berufsfachschulen, denn hier können die Schulen Arbeitsbedingungen und

Handlungsoptionen selbst setzen und sind für Innovationen selbst verantwortlich.

In der Berufsschule werden Auszubildende gleicher oder verwandter Berufe in Fachklassen unterrichtet. Betriebliche Ausbildung, meist im Arbeitsvollzug, und systematisches Lernen am Lernort Berufsschule wechseln sich rhythmisch ab. Der Zeitanteil für den Berufsschulbesuch umfasst in der Regel ein bis eineinhalb Tage in der Woche oder, wenn diese Einzeltage zusammengefasst werden, 12 oder 13 so genannte Blockwochen. Diese Teilzeitberufsschule hat einen ungeheuren organisatorischen Aufwand zu leisten, um die Vielfalt der von Beruf zu Beruf oft unterschiedlichen Beschulungsformen in ein Konzept zu gießen, das auch noch möglichst viele betriebliche Einzelwünsche berücksichtigt.

Der Theorie-Praxis-Verbund als Kennzeichen des dualen Systems kann seine Stärken nur voll entfalten, wenn die Lernortkooperation zwischen Betrieb und Schule auch funktioniert. Es gehört zu den nachhaltigen Leistungen der Berufsschule, dass sie gerade gegenüber den vielen kleineren Ausbildungsbetrieben die Initiative zur Lernortkooperation ergreift, Lernprojekte zusammen mit Betrieben organisiert und didaktische und methodische Fragen über die Schulstube hinaus mit Ausbildungsverantwortlichen diskutiert.

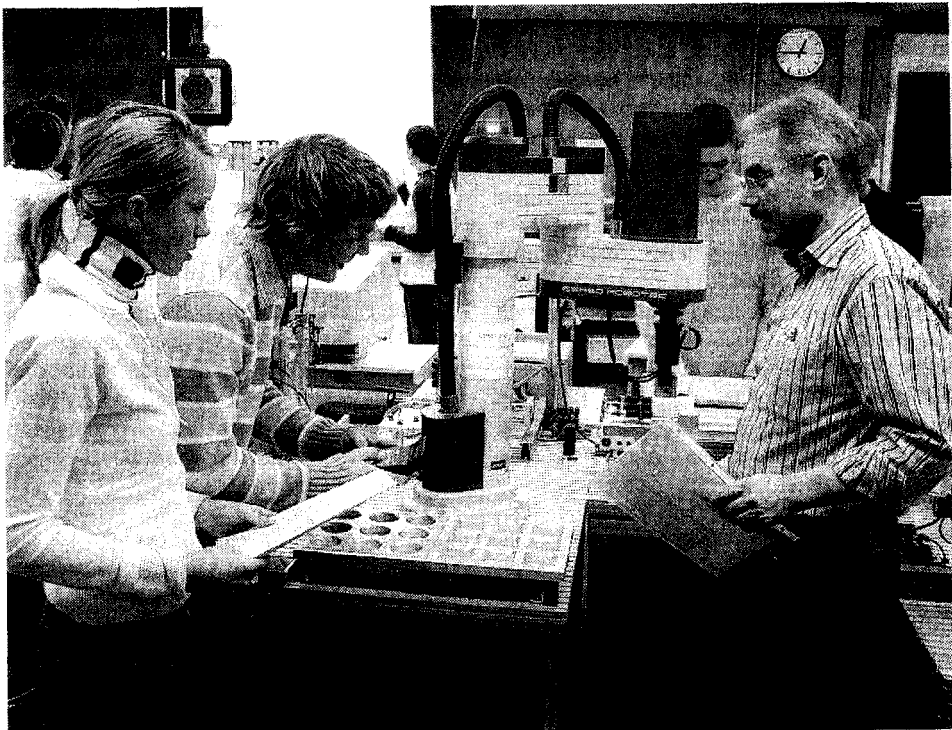
Bestenauslese in den Betrieben

Der Modernisierungskurs der Berufsschulen wurde im didaktisch-methodischen Bereich durch das durchgängige Prinzip der Handlungsorientierung in den letzten Jahren bereits konsequent vorangetrieben. Dieser Gegenentwurf zum betonten Buchwissen basiert auf den Überzeugungen „Können schlägt Wissen“, aber auch „Können braucht Wissen“. So sind an den Berufsschulen die alten Fächerbezeichnungen wie Fachtheorie, Fachrechnen, Fachzeichnen durch Lernfelder ersetzt worden. Beispiel: Ein Lernfeld für Metallbauer („Schlosser“) lautet Herstellen von Türen, Toren und Gittern. Hier werden Lerninhalte der Fächer Werkstofftechnik, Maschinentechnik, Fertigungstechnik herangezogen, ohne aber die Systematik der genannten ingenieurwissenschaftlichen Fächer zu übernehmen. Die Lehrerinnen und Lehrer an Berufsschulen haben die Gestaltungschancen des Lernfeld-Konzepts genutzt und in der Schulpraxis zur Entfaltung

gebracht. Insbesondere wurde es als Auftrag und Chance definiert, um die Teamarbeit der Lehrenden zu forcieren und so auch einen Beitrag zur Schulentwicklung zu leisten. In fast allen Bundesländern wurden an beruflichen Schulen beachtliche Initiativen gestartet, um durch eine Stärkung ihrer Eigenständigkeit die Unterrichtsqualität zu optimieren und regionale Besonderheiten besser berücksichtigen zu können. Diese Reformansätze werden überwiegend in Pilotphasen und Modellversuchen getestet und tragen unterschiedliche Etiketten und wohlklingende Kürzel. In Bayern spricht man vom Modellunternehmen Schule im 21. Jahrhundert (MODUS 21), in Niedersachsen vom Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo), in Baden-Württemberg vom Projekt Operativ Eigenständige Schule (OES), in Schleswig-Holstein von den Regionalen Berufsbildungszentren (rbz) oder in Hessen von „Selbstständigkeit Plus“.

Verfolgt man die vielfältigen Entwicklungen, dann lassen sich zwei Hauptvarianten feststellen: In der ersten Variante geht es im Wesentlichen um eine Verbesserung des Kerngeschäftes der beruflichen Schulen, also um die Unterrichtsqualität. Diesem Ziel sind auch die weiteren Entscheidungen untergeordnet, die darauf hinauslaufen, den notwendigen Freiraum für die Schule zu schaffen. Grundmotiv für diese Entwicklung ist das Abnabeln von einem hierarchisch gesteuerten Schulsystem, das im Wesentlichen durch die Funktion der Schulaufsicht gekennzeichnet war oder ist. Die Schulaufsicht soll nach diesen Überlegungen von einer kontrollierenden zu einer beratenden Instanz werden. Der Preis für diese Schulfreiheiten ist dann die Selbst- und Fremd-Evaluation, um die Ergebnisse der selbstverantworteten Schule feststellen zu können.

Die zweite Variante orientiert sich mehr an der Vision „Schule als Unternehmen“. Natürlich wird auch hier die Unterrichtsqualität als zentrale Zielsetzung gesehen. Gleichzeitig aber geht es darum, nicht nur wirtschaftliches Denken, sondern auch wirtschaftliche Strukturen in den Schulen zu etablieren. Der staatliche Einfluss auf die Schulen wird auf die verfassungsrechtlich gebotene Einflussosphäre reduziert, globale Steuerungsentscheidungen und das operative Geschäft auf Gremien verlagert, wie man sie von Wirtschaftsunternehmen her kennt (Verwaltungsrat, Geschäftsführer,



Mechatroniker im dritten Ausbildungsjahr testen an der Staatlichen Berufsschule Bamberg ihr Programm zur Steuerung eines Roboters. Flexible Unterrichtsorganisation, selbstständig arbeitende Lerngruppen und durchgehende Handlungsorientierung sind Kennzeichen eines modernen Berufsschulunterrichts. Die Lehrkraft (im Bild vorne rechts) initiiert, moderiert und überwacht die Lernprozesse. Foto: Gehlert

Aufsichtsrat). Aus der Sicht der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen ist entscheidend, dass der Grundgedanke des Kompetenzzentrums im Vordergrund steht. Das bedeutet, dass durch eine klare fachliche Konzentration und eine überzeugende vertikale Gliederung (Berufsschule, Berufsfachschule, Fachschule, Fachoberschule, Berufsoberschule) dieses Kompetenzzentrum (regionales Berufsbildungszentrum) zu einer „ersten Adresse“ in der Region wird.

Durch die Bündelung von Sachressourcen wird es so gelingen, Werkstätten, Labors, Lehrküchen, Computerräume und Klassenräume mit hochwertiger Medienausstattung auch in finanziell schwierigen Zeiten vorzuhalten. Die fachlich und pädagogisch hochqualifizierten Lehrerinnen und Lehrer sind dann der Garant, dass die Lernumgebungen bei den Auszubildenden auch zu Lernerfolgen führen.

Berufsschulen haben einen eigenständigen Bildungsauftrag. Sie vermitteln den Schülerinnen und Schülern allgemeine und berufliche Lerninhalte unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen der Berufsausbildung. Daneben stellen sie sich aber auch der Aufgabe der Berufsvorbereitung für Schüler, die noch nicht ausbildungsreif sind oder die auf Grund der

schwierigen Ausbildungssituation keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auch für Schüler, die keine Ausbildung anstreben, wollen sie ein sinnvolles Angebot unterbreiten, das mehr bietet als nur die Erfüllung der Schulpflicht. Vielen Schülern in berufsvorbereitenden Maßnahmen wird das Etikett fehlender Ausbildungsreife zu Unrecht angeheftet. Es kommt nicht von ungefähr, dass dieses Thema in einer Zeit, da die Betriebe Bestenauslese betreiben können, gerade von der Wirtschaft so in den Vordergrund gespielt wird. In Anbetracht der Ausbildungsplatzmiserie dient der Hinweis auf eine angeblich fehlende Ausbildungsreife nicht zuletzt der Schuldzuweisung. Der Begriff Ausbildungsreife wird also instrumentalisiert.

Wie schwierig die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist, zeigt die Ausbildungsplatzbilanz 2005. Auch dieses Jahr endete wiederum mit einem dramatischen Rückgang der Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr. Ohne die staatlich finanzierten außerbetrieblichen Ausbildungsplätze wäre die Bilanz noch dramatischer.

Der Autor ist Vorsitzender des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen.